

Sessionsforum Luftwaffe

Luftkampf um Patrouille Suisse

Das Verteidigungsdepartement ist drauf und dran, Bevölkerungsanstöße und auch die Patrouille Suisse zu grounden. Dabei ist die Sichtbarkeit der Armee wichtig, sie fördert das Vertrauen der Bevölkerung.

Von Thomas Hurter*

Während der Frühjahrsession ging ein Schreiben an die Präsidentinnen der beiden sicherheitspolitischen Kommissionen, mit dem Inhalt, das Kampfflugzeug Tiger F-5 2027 ausser Betrieb zu stellen und damit auch der Patrouille Suisse den Stecker zu ziehen. Das hat einmal mehr einen riesigen Aufschrei hervorgerufen, und die Diskussionen um das «Warum» haben neue Nahrung erhalten.

2022 hat das Parlament in beiden Kammern beschlossen, den Tiger F-5 nicht ausser Betrieb zu stellen, weil gemäss Ständerat die Patrouille Suisse weiterhin ihre Fähigkeiten der Luftwaffe der Bevölkerung zeigen soll und dies auch einen gewissen dissuasiven Charakter habe. Der Nationalrat hingegen gab zu bedenken, dass mit dem Tiger heutige Aufgaben wie Zieldarstellung, Training Luft-Luft-Schiessen und einfache Luftpolizeieinsätze weit günstiger gemacht werden könnten als mit dem heute im Einsatz stehenden FA-18. Der Tiger F-5 sollte so lange weiterbetrieben werden, bis das neue Kampfflugzeug, der F-35, voll einsatzfähig ist. Oder einfacher gesagt, in der heutigen Zeit nimmt man kein militärisches System ausser Betrieb, bevor das Neue etabliert ist.

Das VBS hat leider diesen Entscheid bis heute nicht umgesetzt. Nun kommt man mit der gleichen Ausrede wie bei anderen Kürzungen: Man habe kein Geld. Das Verhalten des VBS in den letzten Wochen war alles andere als konsequent, einmal wurde über zu wenig finanzielle Mittel geklagt und dann wieder, man hätte kein Problem mit den Finanzen. Trotzdem wurden die 2024 vorgesehenen Bevölkerungsanstöße der Armee abgesagt, unter dem Vorwand, man wolle sparen.

Das Problem liegt aber weit tiefer. Über die letzten Jahre und Jahrzehnte wurde die Armee verkleinert, man sprach dann von Aufwuchs und richtete sich verstärkt auf friedensfördernde Einsätze aus. Mit dem Krieg in der Ukraine wurden wir eines Besseren belehrt, und jetzt sollte alles in next Monaten oder ein paar Jahren wieder



hergerichtet werden. Das Parlament hat die dringliche Situation erkannt und wollte die finanziellen Mittel für die Armee bis 2030 anheben. Der Bundesrat sieht dies anders und will das erst bis 2035 tun.

Die Sichtbarkeit unserer Armee geht immer mehr verloren. Früher war es so, dass es in praktisch jeder Familie jemand gab, der Militärdienst geleistet hatte oder noch leistet. Zudem ist die Armee immer weniger präsent, werden doch vermehrt Trainings der Armee ins Ausland verlagert, weil uns die Übungsplätze fehlen oder wir den Lärm nicht haben wollen. Und nun beginnt das VBS, Bevölkerungsanstöße und auch die Patrouille Suisse zu grounden. Die Armee und ihre Fähigkeiten dürfen wir nicht verstecken, im Gegenteil, wir müssen sie der Bevölkerung zeigen. Das schafft Vertrauen und wirkt gleichzeitig dissuasiv.

«Die USA wird sich freuen, wenn wir unser Tafelsilber so verscherbeln.»

In diesem Zusammenhang ist wichtig zu wissen, dass die USA bereits verkaufte Kampfflugzeuge Tiger F-5 der Schweiz bis 2050 einsetzen möchte. Die USA hat erkannt, dass dieses Flugzeug weiterhin sehr gut und vor allem kostengünstig für Zieldarstellungen eingesetzt werden kann.

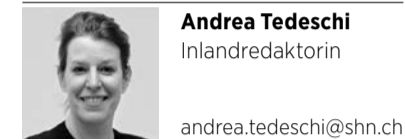
Statt innovative Alternativen zu suchen, zum Beispiel ein reduzierter Einsatz der Tiger F-5, um damit die anstehenden Investitionen zu tätigen, geht man den einfachen Weg des Groundings. Die USA wird sich freuen, wenn wir unser Tafelsilber so verscherbeln. Deshalb ist es notwendig, dass die Politik dem VBS in den kommenden Wochen hilft, den Kompass wieder stabiler auszurichten.

* Thomas Hurter ist SVP-Nationalrat des Kantons Schaffhausen.

Kommentar

Die Politik foutiert sich um den Volkswillen

In der Frühjahrsession, die letzte Woche zu Ende ging, hat das Parlament bemerkenswerte Entscheide gefällt. Trotz deutlichem Ja an der Urne hat der Nationalrat den Gesetzesentwurf zur Initiative über das Tabakwerbeverbot an den Bundesrat zurückgewiesen. Der SVP ging die Umsetzung des Verbots zu weit, der SP zu wenig weit. Ihre Masseneinwanderungsinitiative sei auch nicht



umgesetzt worden, argumentierte die SVP. Ganz nach Kindergarten-Manier: So wie du mir, so ich dir. Ebenfalls hat das Parlament das Gesetz gegen den Bau von Zweitwohnungen erheblich gelockert. Bereits die Umsetzung der gleichnamigen Initiative gilt als stark verwässert. Nun ist die Absicht der Initiative, die Zweitwohnungen in den Bergen zu beschränken, definitiv gebodigt. In der Schweiz setzen Bundesrat und besonders das Parlament Initiativen seit Jahren kreativ bis gar nicht um. Was Bundesbern vollzieht, hat mit der Vorstellung von direkter Demokratie wenig zu tun.

Das Parlament hat zwar einen gewissen Spielraum. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Parlamentsmehrheit die Initiativen überwiegend nach politischen Kriterien umsetzt und unabhängig davon, was in der Verfassung steht. Gehe es nach der Verfassung, und darauf haben die Parlamentarier ihren Eid geschworen, muss die Politik die Verwahrunginitiative trotz Menschenrechtskonvention umsetzen, die Masseneinwanderung trotz bilateraler EU-Verträge und das Tabakwerbeverbot trotz Wirtschaftsfreiheit – ob es den Parteien nun passt oder nicht. Dass das Parlament statt dem Volkswillen ein Wunschkonzert veranstaltet, zeigt bloss, wie wenig ernst es die viel beschworene demokratische Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger doch nimmt.

Leserbriefe

Gemeinsames Singen tut Alten und Jungen gut

Zu «Kind und Kegel», SN vom 19. März
Ich habe mich sehr gefreut über diesen Beitrag von Eva-Maria Brunner. Es tönte für mich fast wie ein Ave-Maria. Ja, singen tut gut, aber das gemeinsame Singen nimmt rapide ab und wird noch weiter verkümmern, wenn wir nicht irgendwie Gegensteuer geben. In vielen bäuerlichen Familien war das miteinander Singen üblich. Meine beiden älteren Brüder sangen oft beim Melken: «Weg mit den Grillen und Sorgen ...» Auch beim Herbst hörte man im Rebberg immer wieder irgendwo ein Lied erklingen. Aus Freude an der gemeinsamen Arbeit oder um die Stimmung wieder aufzuhellen, wenn sie wegen vielen faulen Trauben oder kalten Fingern etwas gelitten hatte. Auch in der Schule wurde gesungen, oft begleitet vom Lehrer auf seiner Geige (obschon er den Geigenbogen wenn nötig auch sonst einsetzte). Und weil «de Schäublin» über Jahrzehnte als Liederbuch diente, kennt unsere Generation die gleichen 50 bis 100 Lieder, was ich an Seniorenveranstaltungen immer wieder erfreut feststellen kann. In besonderen Situationen im Leben kann gemeinsames Singen wohl tun, sowohl an festlichen Anlässen als auch an Abdankungen oder am Kranken-

bett. Wenn einem die Worte schwer fallen, ist ein fein gesungener Kanon mit tiefsinnigem Text manchmal passender als viele Worte. Aber jetzt zur Frage von Eva-Maria Brunner. Was dagegen tun? Eine Volksinitiative starten für obligatorische Lieder? Da wäre sicher mit dem Widerstand vieler Lehrpersonen zu rechnen und ein Ausgang höchst ungewiss. Aber vielleicht greift der Kantonsrat oder der Erziehungsrat die Idee auf und schreibt vor, dass an den Schaffhauser Schulen künftig jedes Jahr wenigstens ein Lied obligatorisch ist, damit auch künftige Generationen noch gemeinsam ein Lied singen können.

Emil Gysel
Wilchingen

Den Wandel als Chance nutzen

Zur Neugestaltung der Schiffländi in Stein am Rhein, SN vom 6. März
Durch den Wandel der Bedürfnisse ändert sich auch die Nutzung von Bauten und Anlagen. Es ist interessant, dass bereits 1867 heftig über die Schiffländi diskutiert wurde. Das im Juni zur Abstimmung gelangende Projekt ist das Ergebnis einer umfassenden Auseinandersetzung der Projektverfasser mit der Stadt Stein am Rhein. Sie haben erkannt, dass nicht einzelne Plätze,

Gebäude, Geschäfte und Betriebe, sondern das historische Gesamtbild und die Substanz der Altstadt die Lebensgrundlage für einen Grossteil des Gewerbes bilden. Nach Studium der eingereichten Projekte bin ich überzeugt, dass das Siegerprojekt für Einheimische und Gäste die meisten Qualitäten bietet. Die Stadt mit ihrer historischen Bausubstanz ist ein Privileg, das es zu erhalten und zu schützen gilt. Der Zeitpunkt scheint optimal: Wird das Momentum richtig genutzt, kann die Gastronomie nicht nur von neuen Aussenplätzen, der Aufwertung des ganzen Platzes und damit auch des Erscheinungsbildes des Städtchens profitieren, sondern auch die eigenen Betriebe optimieren. Ich danke allen, die sich in jahrelanger professioneller Arbeit für das anspruchsvolle Projekt engagiert haben, und freue ich mich schon jetzt auf die neugestaltete Schiffländi mit guter Gastronomie.

Yersin Severin
Stein am Rhein

Unter der Rubrik «Leserbriefe» veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.

Pressestimmen Kritik der USA an Netanjahu

THE IRISH TIMES

Die USA scheinen anzuerkennen, dass Netanjahu und seine extremistische Regierung Teil des Problems, und nicht die Lösung sind. Es bleibt abzuwarten, ob US-Präsident Biden seinen Einfluss geltend macht, um darauf hinzuwirken, dass weitere israelische Angriffe unterbleiben. Biden hat einen schärferen Ton gegenüber Netanjahu angeschlagen und betont, dass humanitäre Hilfe angesichts der drohenden Hungersnot ein Gebot der Stunde ist. Die Botschaft der USA scheint zu sein, dass die Unterstützung Israels und die Unterstützung Netanjahus nicht dasselbe sind. (The Irish Times, Irland)

DAGENS NYHETER.

Die USA und Europa bejahen Israels Recht auf Selbstverteidigung einschliesslich der Militäroperation in Gaza. Aber Israel ist ein demokratischer Staat, der sich an die Gesetze des Krieges halten muss. Dazu gehört der Schutz von Zivilisten und deren Versorgung mit Hilfsgütern. In dieser Hinsicht hat die israelische Regierung zu wenig getan. Die Schutzzonen sind zu klein, die Warnungen an die Menschen kommen zu spät, und es wird zu wenig Hilfe durchgelassen. (Dagens Nyheter, Schweden)

KARAR.

Der Angriff der Hamas und anderer radikaler Gruppen auf Israel am 7. Oktober nutzte nur Netanjahu, verlängerte sein politisches Leben und half dem israelischen Ministerpräsidenten, seine Schwierigkeiten mit der Justiz zu mildern. Darüber hinaus hat die Hamas dazu beigetragen, die israelischen Expansionspläne zu verwirklichen. Wenn die Angriffe auf Rafah zunehmen, ist es sogar möglich, dass es in Gaza gar keine Palästinenser mehr geben wird. Realistischerweise gibt es niemanden, der Netanjahu aufhalten könnte. (Karar, Türkei)



Die Differenzen zwischen US-Präsident Biden und Israels Premier Netanjahu werden inzwischen in einem nie gekannten Mass öffentlich ausgetragen. Denn die Fortsetzung des Krieges wie auch die zu erwartende Besetzung von Rafah verunsichern Washington und mindern die Chancen von Präsident Biden auf eine zweite Amtszeit. Netanjahus einzige rote Linie ist wiederum sein eigenes politisches Überleben, für das er bereit ist, die Beziehung zu Biden zu opfern. (Al Ayyam, Westjordanland)